



Zersiedelungsinitiative

Die von den Jungen Grünen eingereichte Initiative will die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz einfrieren. In der Verfassung festschreiben, welche Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzonen noch gebaut werden dürfen. Und dass bereits bebaute Flächen besser genutzt werden.

In der Schweiz wird rege gebaut. Das geht auf Kosten von Natur und Landschaft. Um der Zersiedelung entgegenzuwirken, braucht es strenge Regeln. Diese hat das Volk 2013 in der Abstimmung zum Raumplanungsgesetz beschlossen: Bauzonen dürfen nur so viel Land umfassen, wie voraussichtlich in 15 Jahren benötigt wird. Zu grosse Bauzonen müssen verkleinert werden. Die Kantone sind daran, die Vorgaben umzusetzen und so für einen besseren Schutz von Natur und Landschaft zu sorgen.

Den Jungen Grünen geht dies zu wenig weit. So lancierten sie kurz nach der Revision des Raumplanungsgesetzes ihre Initiative und reichten sie 2016 ein. Sie fordern in der eingereichten Initiative die Einfrierung der heute bestehenden Bauzonen auf unbestimmte Zeit. Neue Bauzonen dürfen demnach nur noch geschaffen werden, wenn andernorts eine entsprechende Fläche ausgezont wird. Dabei muss der landwirtschaftliche Ertragswert vergleichbar sein.

Sollte trotzdem ausserhalb der Bauzonen gebaut werden, sieht die Initiative strenge Regeln vor. So dürften nur noch landwirtschaftliche Bauten realisiert werden, die einen direkten Bezug zur Bewirtschaftung des Bodens haben. Das heisst die Bauten müssen der Produktion von Freilandgemüse dienen oder der Haltung von Tieren, die mit eigenem Futter versorgt werden. Heute kann in Ausnahmefällen auch der Bau von Gewächshäusern bewilligt werden

oder Ställen, auch wenn die Tiere mit zugekauftem Futter ernährt werden. Nicht landwirtschaftliche Bauten können nur noch realisiert werden, wenn sie im öffentlichen Interesse sind.

Von einer Bestandesgarantie profitieren bereits heute bestehende Bauten. Sie können auch in Zukunft geringfügig erweitert und umgenutzt werden.

Dem Initiativkomitee ist es ein Anliegen, dass die Siedlungsentwicklung künftig mit hoher Lebensqualität nach innen verdichtet wird. Dieses Anliegen ist bereits heute gesetzlich verankert, soll mit der Initiative aber in der Verfassung festgeschrieben werden. Weiter soll der Bund für nachhaltige Formen des Wohnens und Arbeitens in kleinräumigen Strukturen sorgen; zum Beispiel kurzen Arbeitswegen.

Über die Folgen einer Annahme der Initiative kann nur spekuliert werden. Wie eine Umverteilung von Bauzonen dannzumal bewerkstelligt wird, wie sich die Kosten entwickeln werden und was das für Mieter bedeutet, darüber sind sich Befürworter und Gegner uneins.

Bundesrat und Parlament empfehlen die Initiative abzulehnen. Die EVP hat an ihrer DV vom 1.12.2018 mit 64 zu 30 Stimmen die Ja Parole zur Initiative beschlossen. Die Bewahrung der Schöpfung heisst auch, Natur und Landschaft Sorge zu tragen und die weitere Überbauung des Bodens zu stoppen.

Daniel Bertoldo, Präsident EVP SG

Parolen

Zersiedelungsinitiative Ja

Kantonal

Sonderkredit

IT-Bildungsoffensive Ja

Empfehlung Wahl Ständerat

Benedikt Würth, CVP

Was spricht für die Zersiedelungsinitiative?

1. Der Umgang mit dem Boden ist verschwenderisch, da das Bauland immer weiter vergrössert wird.
2. Durch die Zersiedelung steigt das Verkehrsaufkommen und es entsteht viel Lärm und Abgase.
3. Es ist Aufgabe der Raumplanung dafür zu sorgen, dass Distanzen zwischen Wohnen und Arbeiten nicht länger werden.
4. Das neue Raumplanungsgesetz schützt nur ungenügend vor weiterer Überbauung, da das Bauland nicht begrenzt ist.
5. Ist der Boden einmal überbaut, ist er für lange Zeit zerstört.
6. Die Landwirtschaft verliert mit jedem überbauten Quadratmeter Boden ein Stück ihrer wichtigsten Ressource.
7. Die Initiative bewahrt die schönen Landschaften in der Schweiz und damit auch unsere Lebensqualität.

Impressum

Herausgeber:

EVP Kanton St. Gallen

www.evp-sg.ch

Kontakt: Roman Rutz,

sekretariat@evp-sg.ch

PC 90-219-8

IBAN: CH09 0078 1035 5341 6601 8

Druck: Jordi AG, Belp



Kommentar

Roman Rutz
Stadtparlament
EVP Wil

Hickhack um Steuerfüsse

Der Steuerfuss war auch in diesem Herbst das grosse Thema an der Parlaments-Budgetsitzung in der Stadt Wil und in der Stadt St.Gallen. Während sich EVP-Stadtparlamentarier Daniel Bertoldo in St.Gallen zusammen mit einer knappen Mehrheit für die Senkung des Steuerfusses von 144% auf 141% stark machte, setzte ich mich in Wil gegen eine Steuersenkung um 2% auf 118% ein.

Die Gründe sind vielfältig: Einerseits wurde in der Stadt Wil der Steuerfuss bereits auf das Jahr 2018 um satte 9% gesenkt; eine weitere Senkung um 2% wäre hingegen kaum spürbar. Andererseits zeigt sich auf der Einnahmeseite eine Steuersenkung eben ziemlich rasch. Bereits ohne Steuersenkung budgetiert die Stadt Wil ein Minus von knapp 3 Mio. Franken, mit der Steuerfussenkung wäre es ein Minus von 4 Mio. Franken. Zwar resultiert üblicherweise dann doch ein bedeutend tieferes Defizit als noch budgetiert, aber angesichts der horrenden Investitionen für das Agglo-Programm, den Bahnhofplatz sowie vor allem die Schulbauten, die alleine ca. 100-150 Millionen Franken kosten sollen, wäre eine Senkung zum jetzigen Zeitpunkt keine nachhaltige Lösung, denn eine baldige Steuererhöhung wäre wohl unumgänglich. Da die SVP und die FDP jedoch das Ratsreferendum ergriffen haben, darf nun das Stimmvolk über den Wiler Steuerfuss abstimmen.

Vorankündigung

Ordentliche

Parteiversammlung 2019

mit gemeinsamem Frühstück

Samstag, 30. März 2019

08:30-11:30 Uhr

Region Toggenburg

Alle sind herzlich eingeladen!

IT Bildungsoffensive

Die Unternehmen sowie die Schülerinnen und Schüler im Kanton St. Gallen sollen optimal mit der Digitalisierung zurechtkommen und von ihr profitieren. Deshalb will die St.Galler Regierung 75 Millionen Franken in eine IT-Bildungsoffensive investieren. Das Programm soll ab 2019 während acht Jahren laufen.

Die IT-Bildungsoffensive sieht 20 Massnahmen vor, die in vier Schwerpunkten gebündelt sind.

1.

Ein Kompetenzzentrum für Angewandte Digitalisierung: Die drei Fachhochschulen betreiben dieses neue Zentrum gemeinsam. Dank ihm können die einzelnen Standorte ihre Studiengänge dort anbieten, wo sie nachgefragt werden. Zudem unterstützt das Zentrum die kantonalen Wirtschaftspartner mit der angewandten Forschung und Entwicklung in den digitalen Transformationsprozessen.

2.

Ein neuer Studiengang: Die Universität St.Gallen bietet einen neuen Lehrgang in Informatik und Management an. Eine neue School mit 27 Dozierenden bildet jährlich 50 Master- und 100 Bachelor-Absolventinnen und Absolventen im Bereich Information and Computing Science aus und hilft so, den Mangel an Fachkräften zu verkleinern.

3.

Kompetenzzentrum Bildung & Digitalisierung: Die Pädagogische Hochschule St.Gallen erprobt im neuen Zentrum mit Modellschulen der Volksschule, der Berufsfachschulen und der Mittelschulen den digitalen Unterricht. Ausserdem bietet sie zertifizierte Weiterbildungen für die Lehrpersonen an, namentlich für das Fach Medien und Informatik nach neuem Lehrplan der Volksschule.

4.

Der Verein IT St.Gallen mit der Marke «IT St.Gallen rockt» stellt eine kantonsweite Plattform auf, auf der Jugendliche in Ausbildung Praktikumsplätze in IT-Firmen

finden können. Ausserdem will die Regierung mit der Bildungsoffensive private Initiativen unterstützen, die die Schülerinnen und Schüler für MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) sensibilisieren. Dies unter der Bedingung, dass auch Stiftungen oder andere Dritte die Initiativen unterstützen.

Mit der IT-Bildungsoffensive will die Regierung einen Sondereffort initiieren, um Bildungsrückstände auf- und Vorsprünge herauszuholen. Dafür wird ein Sonderkredit bereitgestellt, weil die nötigen finanziellen Mittel durch die ordentlichen Budgets nicht aufgefangan werden können und die Offensive langjährige Planungssicherheit verlangt. Der Kredit ist zwar auf acht Jahre befristet. Die Massnahmen werden jedoch so ausgestaltet, dass ihre Wirkung über die Investitionsphase hinaus nachhaltig bleibt.

Wir stimmen nun also über den Betrag von 75 Millionen Franken ab. Das Geld wird nötig sein, um die Ziele zu verfolgen. Die Entwicklung in der digitalen Welt geht rasant voran. Ob das per se gut oder schlecht ist, das kann man betrachten wie man will. Was sicher ist, ist und bleibt die Tatsache, dass die Digitalisierung stattfindet. So wird es keinen anderen Weg geben, uns darin fit zu machen. Die EVP Kanton St.Gallen empfiehlt daher ein Ja zu dieser Vorlage.



Ursi Schweizer
Präsidentin
EVP Werdenberg

Kinder ohne Tabak

Rauchen schädigt die Gesundheit, verursacht schwere Krankheiten und belastet die Gesellschaft mit hohen Folgekosten. Die grosse Mehrheit der Rauchenden beginnt im jugendlichen Alter mit dem Konsum. Die Werbung spielt dabei eine zentrale Rolle. Mit unserer Volksinitiative wollen wir erreichen, dass Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung geschützt werden und sich gesund entwickeln können.

Dass Rauchen ungesund ist, abhängig macht und obendrein das eigene Portmonnaie massiv belastet ist kein Geheimnis mehr. Nichtsdestotrotz greifen nach wie vor sehr viele Frauen und Männer zur Zigarette. Die allermeisten beginnen im jugendlichen Alter mit dem Rauchen, für die Männer ist oftmals auch der Militärdienst der Start ihrer Raucherkarriere. Auch ist klar, was Tabakwerbung bezwecken soll: Die Leute überzeugen, trotz den negativen Auswirkungen zur Zigarette zu greifen. Auch wenn die Tabakfirmen vehement betonen, mit ihrer Werbung nicht Jugendliche ansprechen zu wollen, so ist eben doch allen klar, dass mit ganzseitigen Inseraten z.B. im «20Minuten» oder an Kiosken eben genau dies geschieht. Tabakkonzerne ködern mit Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring gezielt junge Menschen. Genau darum sind sie vor allem an Konzerten, Partys und Festivals präsent und nicht in der Oper. Jugendliche sind besonders empfänglich für die in der Werbung vermittelten Traumwelten, die Coolness, Erfolg und Sexappeal suggerieren. Lockvo-

gel-Angebote («Drei Zigarettenspackungen zum Preis von zwei!») sind ein weiteres Mittel, um die preisbewussten Jugendlichen zu ködern. Die Hersteller sichern sich Einfluss und Aufmerksamkeit als Sponsoren von Partys, Open-Airs und Konzerten. Die jugendlichen Besucherinnen und Besucher erleben die Firmen als Kultur-Förderer und Wohltäter und bekommen ein positives Bild der gesundheits-schädlichen Tabakprodukte.

In der Initiative geht es darum, Werbung für Tabakprodukte, die Kinder oder Jugendliche erreicht, einzudämmen. Konkret soll Zigaretten-Werbung auf Plakaten im öffentlichen Raum in allen Schweizer Kantonen verboten werden. Auch Kinowerbung, Inserate, Festival-Sponsoring und Online-Werbung für Tabak sollen in Zukunft nicht mehr erlaubt sein.

Laden Sie auf www.kinderohne-tabak.ch den Unterschriftenbogen herunter und senden Sie diesen mit möglichst vielen Unterschriften an folgende Adresse:

EVP Schweiz, Nägeligasse 9, 3011 Bern

100 JAHRE
EVP
JAHRE
1919 - 2019

«EVP - DAMIT WERTE WIEDER ZÄHLEN.»

JUBILÄUMSFEST
9. März 2019
Gurten, Bern



Familien stärken und finanziell entlasten

Im März 2018 wurde offiziell bekannt gegeben, dass die Initiative mit 6882 Unterschriften zustande gekommen ist. Somit wurde sie zum Geschäft im Kantonsrat. Parallel zu dieser Initiative wurde auch der XV. Nachtrag zum Steuergesetz im Kantonsrat behandelt.

Die Regierung hat dem Kantonsrat beantragt die Initiative abzulehnen und einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Dazu wurde eine vorberatende Kommission eingesetzt. Diese Kommission hat in der Steuerdebatte erwirkt, dass zu steuer- und sozialpolitischen Massnahmen ein Gesamtkompromiss verabschiedet wurde. Dieser sieht unter anderem vor, dass die Familien- und Ausbildungszulagen um Fr. 30.- über die bundesrechtlichen Mindestansätze angehoben werden. Der Gegenvorschlag ist zwar nicht Bestandteil der Steuervorlage. Trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass er für den Kompromiss in der Steuervorlage ein wichtiges Element darstellt. Der Gegenvorschlag verspricht eine geringere Erhöhung als gefordert. Allerdings ist im Gesamtkompromiss die Erhöhung des Volumens an die individuelle Prämienverbilligung (IPV) um 10 Mio. Franken enthalten. Im Weiteren werden die natürlichen Personen in den Genuss von höheren Abzügen bei den Krankenkassenprämien kommen.

Wenn in der Februarsession der Kantonsrat diesem, dem Gesamtkompromiss zu Grunde liegenden, Gegenvorschlag zustimmt, wird das Initiativkomitee ihre Initiative zurückziehen. Damit kann mit der Annahme der Steuervorlage im Mai 2019 ab 1.1.2020 auch von höheren Familien- und Ausbildungszulagen profitiert werden.



Unterschreiben Sie jetzt gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer!

Zusammen mit einer breiten Allianz aus Parteien und Organisationen hat die EVP Schweiz im Dezember die Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)» lanciert. Sie will Waffenexporte in Bürgerkriegsländer ein für alle Mal unterbinden, ebenso Exporte in Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen.

Der Beschluss des Bundesrates im Sommer dieses Jahres, künftig Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu erlauben, hatte in weiten Teilen der Bevölkerung Enttäuschung ausgelöst: Beinahe 50'000 Menschen waren binnen kurzer Zeit dem Aufruf der Allianz gefolgt und hatten zugesichert, im Falle einer Initiative vier Unterschriften dagegen zu sammeln.

«Damit hat die Schweizer Bevölkerung bereits mehr als deutlich signalisiert, dass sie ihren Wohlstand und ihre Landessicherheit nicht mit dem Leid und dem Leben der Zivilbevölkerung in Bürgerkriegsregionen erkaufen will», so EVP-Parteipräsidentin und Nationalrätin Marianne Streiff an der Medienkonferenz.

Nachdem der Ständerat im Dezember eine BDP-Motion zu mehr Mitsprache von Parlament und Bevölkerung bei Kriegsmaterialexporten an seine Kommission zurückgewiesen und damit den Entscheid darüber aufgeschoben

hatte, lancierte die Allianz nun die angekündigte Initiative endgültig.

Die Initiative will Waffenexporte in Bürgerkriegsländer ein für alle Mal unterbinden, ebenso Exporte in Länder, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen. Sie will die Bundesverfassung zudem dahingehend ändern, dass künftig die Kriterien für derartige Ausfuhren nicht mehr per Verordnung von Verwaltung und Bundesrat entschieden werden. Ein Gesetz soll Mitsprache und Kontrolle von Parlament und Bevölkerung sicherstellen.

Sollte der Ständerat der BDP-Motion zur Zuständigkeit des Parlaments für Waffenexporte später doch noch zustimmen, wäre ein Rückzug der Initiative möglich.

Laden Sie jetzt den Initiativ-Bogen unter www.evpppev.ch herunter und senden Sie diesen ausgefüllt an die folgende Adresse:

EVP Schweiz, Nägeligasse 9, 3011 Bern

